

Aus der Regierung

Kinder- und Jugendpsychotherapie: Regierung genehmigt zusätzliche Stelle

Die Regierung hat auf Antrag des Liechtensteinerischen Krankenkassenverbandes (LKV) und des Berufsverbandes der Psychologinnen und Psychologen Liechtensteins (BPL) eine zusätzliche Stelle im Bereich Kinder- und Jugendpsychotherapie genehmigt.

Die Tarifpartner LKV und BPL haben in ihrem gemeinsamen Antrag vom Oktober 2021 ausführlich die Versorgungssituation im Bereich Kinder- und Jugendpsychotherapie dargelegt. Es wird schon seit einiger Zeit ein steigender Bedarf festgestellt, welchen die bestehenden Therapeutinnen nicht zufriedenstellend abdecken vermögen. Die stark gestiegene Behandlungsnachfrage führe zu teilweise langen Wartezeiten und bedeute für Therapeutinnen eine hohe Belastung. Die Coronapandemie sei häufig ein zusätzlicher Stressfaktor und «Treiber», welcher bestehende psychische Vorbelastungen verstärke.

Die Regierung befürwortet aufgrund der angespannten Situation bei Kindern und Jugendlichen eine Kapazitätserweiterung im Bereich der ambulanten Kinder- und Jugendpsychotherapie, obwohl noch keine gesamthafte Bedarfsplanung im psychiatrischen Bereich vorliegt. Die beantragte zusätzliche Stelle wurde daher rückwirkend auf den 1. November genehmigt. Damit stehen ab sofort Kapazitäten im Umfang von vier statt bisher drei Vollzeitstellen für die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen durch nichtärztliche Psychotherapeuten bereit. (ikr)

Verordnung über das Kostenziel der Krankenpflegeversicherung genehmigt

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom Dienstag die Verordnung über das Kostenziel in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für das Jahr 2022 genehmigt. Das Kostenziel wird jeweils Ende November für das Folgejahr festgelegt. Für das Jahr 2022 liegt es für die Gesamtheit der Leistungserbringer wiederum bei +2,0 Prozent. Es wurden keine davon abweichenden sektoralen Kostenziele festgelegt. (ikr)

Dienstjubiläum

In der Industrie

Heute feiert **Harald Weichselbraun**, wohnhaft in Nenzing, sein 30-jähriges Dienstjubiläum. Der Jubilar arbeitet bei der Thyssenkrupp Presta AG in Eschen als Maschinen- und Anlagenbediener.

Der Gratulation der Firmenleitung schliessen sich die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer und das «Vaterland» gerne an.

Umfrage der Woche

Frage: Was halten Sie von «Vaduz on Ice»?

66%

Ein tolle Sache für Gross und Klein und gute Werbung für Vaduz.

34%

Unter dem Stichwort «Nachhaltigkeit» fraglich.

Aktueller Zwischenstand von gestern Abend: 580 Teilnehmer. Jetzt mitmachen auf: www.vaterland.li

Impressum

Herausgeber: Vaduzer Medienhaus AG
Geschäftsführer: Daniel Bargetze
Chefredaktor: Patrik Schädler (sap)
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag

Adressen:
Vaduzer Medienhaus AG, Postfach 884, 9490 Vaduz
Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17

Redaktion: Tel. +423 236 16 16, E-Mail: redaktion@vaterland.li, sport@vaterland.li
Inserate: Tel. +423 236 16 63, Fax +423 236 16 17, E-Mail: inserate@vaterland.li
Abonnementdienst: Tel. +423 236 16 61, E-Mail: abo@vaterland.li
Internet: www.vaterland.li

Heute kein Vaterland im Briefkasten?

Dann rufen Sie von Montag bis Freitag, 7.30 – 10.00 Uhr, unsere Abo-Hotline unter +423 236 16 61 an. Nachlieferung erfolgt bis mittags.



Der Nikolaus darf wieder in die Stube

Bald kommt der Nikolaus. Wegen der Pandemie sind aber besondere Massnahmen zu beachten, die sich je nach Gemeinde unterscheiden.



Der Nikolaus darf die Kinder wieder in privaten Innenräumen besuchen.

Bild: Archiv, Daniel Schwendener

Nicole Öhri-Elkuch

«Draussen vom Walde komm ich her, ich muss euch sagen, es weihnachtet sehr.» So beginnt ein bekanntes Nikolausgedicht. Und wirklich, so langsam beginnt es zu weihnachten. Doch was heisst das für den Nikolaus? Welche Vorkehrungen bezüglich der Pandemie müssen von ihm getroffen werden, um die Kinder besuchen zu können? Denn nicht in jeder Gemeinde gelten die gleichen Regeln.

Während der Nikolaus in Balzers z. B. die Kinder nur im Freien treffen möchte, macht er in Schellenberg, wie in den meisten Gemeinden, auch Hausbesuche. Bis auf die anderthalb Meter Abstand gibt es hier jedoch keine weiteren Einschränkungen. Werden die Kin-

der in Ruggell in privaten Innenräumen besucht, sollen die Anwesenden ab zwölf Jahren eine Gesichtsmaske tragen.

Ein Schutzkonzept für den Nikolaus

Ganz anders zum Beispiel in Schaan und Planken, denn dort sind zwar Hausbesuche ebenfalls möglich, jedoch nur unter Einhaltung eines Schutzkonzeptes. In diesem heisst es unter anderem, dass ein Abstand von eineinhalb Metern zur Familie eingehalten werden muss, auch wenn der Nikolaus das Wort an ein Kind richtet und Gedichte oder Ähnliches vorgetragen werden. Andernfalls seien zwingend Masken zu tragen. Zudem sollen die Geschenke nicht einzeln vom Nikolaus an jedes Kind übergeben

werden. Wie es im Schreiben weiter heisst, werden die Geschenke vom Nikolaus am Ende des Besuchs bei seinem Platz aus dem Sack genommen und bereitgelegt. Dann verlässt der Nikolaus den Platz, erst dann können die Kinder die Geschenke in Empfang nehmen. Es wird ausserdem darauf hingewiesen, dass im Krankheitsfall, bei Symptomen oder ähnlichem der Besuch vom Nikolaus abgemeldet werden muss. Sollte sich im Nachhinein herausstellen, dass sich eine anwesende Person (oder eine ihr nahestehende Person) mit Covid-19 infiziert hat, wird um eine entsprechende Meldung an die Nikolaus-Verantwortlichen gebeten.

Grundsätzlich empfehlen die Organisatoren aller Ge-

meinden, den Nikolaus vorzugsweise im Freien zu empfangen. Auch sind die Empfehlungen der Regierung und des Amtes für Gesundheit zu Hygiene und Verhalten in der Covid-19-Pandemie zu beachten, wie Cornelia Konrad vom Amt für Gesundheit mitteilt. «Nikolausbesuche gelten als private Veranstaltungen, sofern sie bei der betreffenden Familie in deren privaten Räumen stattfinden», erklärt sie. Dies bedeutet, dass neben den Massnahmen wie Abstand und Hygiene kein Schutzkonzept vorgegeben ist. Würden jedoch für die Nikolausbesuche externe Räumlichkeiten in Anspruch genommen, zum Beispiel ein Saal oder ein Vereinslokal, seien die entsprechenden Vorgaben für diese Räumlichkeiten einzuhalten.

FBP fordert eine Strassennutzungsgebühr

Die FBP-Fraktion greift in einem Postulat die Idee des «Road Pricing»-Systems auf.

Im Januar 2020 hat die Stiftung Zukunft.li eine Studie zur Einführung eines sogenannten «Road Pricing»-Modells für Liechtenstein vorgestellt. Dabei würde jeder regelmässig in Liechtenstein verkehrende Personenwagen mit einer GPS-Box ausgestattet. Wird das Fahrzeug zu Spitzenzeiten auf der Strasse bewegt, werden pro gefahrenem Kilometer 40 Rappen verrechnet. Dafür würde auf die heutige Motorfahrzeugsteuer verzichtet. Mit diesem Modell könnte man gemäss Zukunft.li den Verkehr zu den Spitzenzeiten um 24 Prozent reduzieren.

Diese Idee wurde nun von der FBP-Fraktion aufgenommen und sie hat ein entsprechendes Postulat eingereicht.

Die Postulanten sind der Meinung, «dass eine jährliche Pauschalbesteuerung der Personenwagen nicht mehr zeitgemäss ist und den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht wird». Neben der öffentlichen Parkplatzbewirtschaftung und dem betrieblichen Mobilitätsmanagement gäbe es keine Möglichkeiten, finanzielle Lenkungsmaßnahmen vorzunehmen, welche von der tatsächlichen Belastung der Strasseninfrastruktur in Liechtenstein abhängen. Unter dem Strich heisst das Ziel: Autofahren soll unattraktiver werden bzw. entsprechend auf den Geldbeutel schlagen.

Mit dem Postulat wird die Regierung gebeten, die Umge-

staltung des Systems zu prüfen, zu bewerten und eine Lösung vorzulegen. Dabei sollen in- und ausländische Verkehrsteilnehmer gleich behandelt werden. «Eine finanzielle Zusatzbelastung der Bevölkerung soll dabei verhindert werden.» Die FBP-Fraktion ist der Meinung, dass durch die rasche Einführung einer Strassennutzungsgebühr «die Abhängigkeit von einzelnen Massnahmen im Mobilitätskonzept reduziert werden» könnte.

Vor zwei Jahren nicht mehrheitsfähig

Die Regierung hat bereits im Mobilitätskonzept festgehalten, dass ein solches Modell überprüfenswert ist. Doch die neue

Verkehrsministerin Graziella Marok-Wachter warnte im Juli vor zu viel Euphorie: «Aufgrund des hohen Anteils an Verkehrsteilnehmern aus dem Ausland wäre die Realisierung eines einfachen Systems für Liechtenstein sicherlich herausfordernd.»

Als die Stiftung Zukunft.li 2020 die Idee vorstellte, zeigte sich die VU skeptisch. Dies vor allem aufgrund der Überwachung sämtlicher Fahrzeugbewegungen. Und die Unabhängigen und DpL bezeichneten die Idee damals als «Arbeitermaut» und «Strassenzoll». Einzig die Freie Liste konnte sich für die Idee wirklich erwärmen.

Patrik Schädler